

Esslinger Zeitung

ESSLINGER KREISZEITUNG · PLOCHINGER ZEITUNG

157. Jahrgang | Nr. 84 | Woche 15 | ZKZ 2716

Donnerstag, 11. April 2024

www.esslinger-zeitung.de | 2,40 €

► Esslingen Stadtticket in der Warteschleife



Foto: Roberto Bulgrin

Eigentlich hatte es bis vor Kurzem so ausgesehen, als wolle eine breite Mehrheit des Esslinger Gemeinderats das im vergangenen Jahr abgeschaffte Stadtticket möglichst schnell wieder einführen. Aber jetzt ist wohl doch nicht mehr mit einem baldigen Comeback der beliebten Fahrkarte in Esslingen zu rechnen.

Seite 15

► Esslingen Auf kulinarischer Entdeckertour

Esslingen jenseits der ausgetretenen touristischen Pfade entdecken, das verspricht eine neue Stadtführung. Diese wird allerdings nicht vom Esslinger Stadtmarketing, sondern von einem privaten Unternehmen angeboten. Zum Konzept gehören auch kulinarische Kostproben.

Seite 15

► Kreis Esslingen Sicherheit auf E-Bikes und Fahrrädern



Foto: Horst Rudel

Sicheres Radeln auf dem Pedelec haben ältere Männer und Frauen in Neuhausen geübt. Das Trainingsteam der Kreisverkehrswacht Esslingen hatte der Albverein eingeladen, um steigende Unfallzahlen zu bremsen. In Wernau fand an der Schlossgartenschule ein Radaktionstag statt.

Seite 16

► Köngen Casting zur Bürgermeisterwahl

Am 21. April wird in Köngen ein neuer Rathauschef gewählt. Acht Namen stehen auf dem Stimmzettel. Dem Casting für Erstwähler haben sich vier Bewerber und die Bewerberin gestellt. An diesem Donnerstag steigt die offizielle Kandidatenvorstellung.

Seite 18

► Heute 18°
2°
► Morgen 21°
5°

Heute freundlich mit Sonne und ein paar Schleierwolken. Morgen sonnig, nach Norden Sonne und Quellwolken.

Bürger zeigen großes Interesse an Kommunalwahl

BaWü-Check Eine aktuelle Umfrage der Südwest-Verlage zeigt: Die Bereitschaft, zur Kommunalwahl zu gehen, ist ebenso hoch wie 2019. Davon profitiert besonders eine Seite.

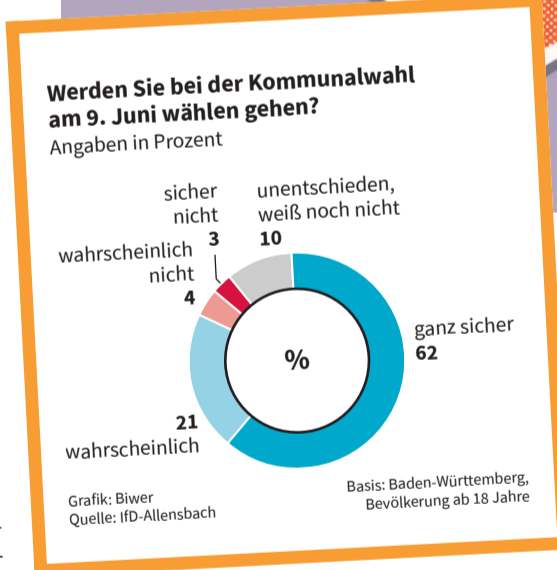
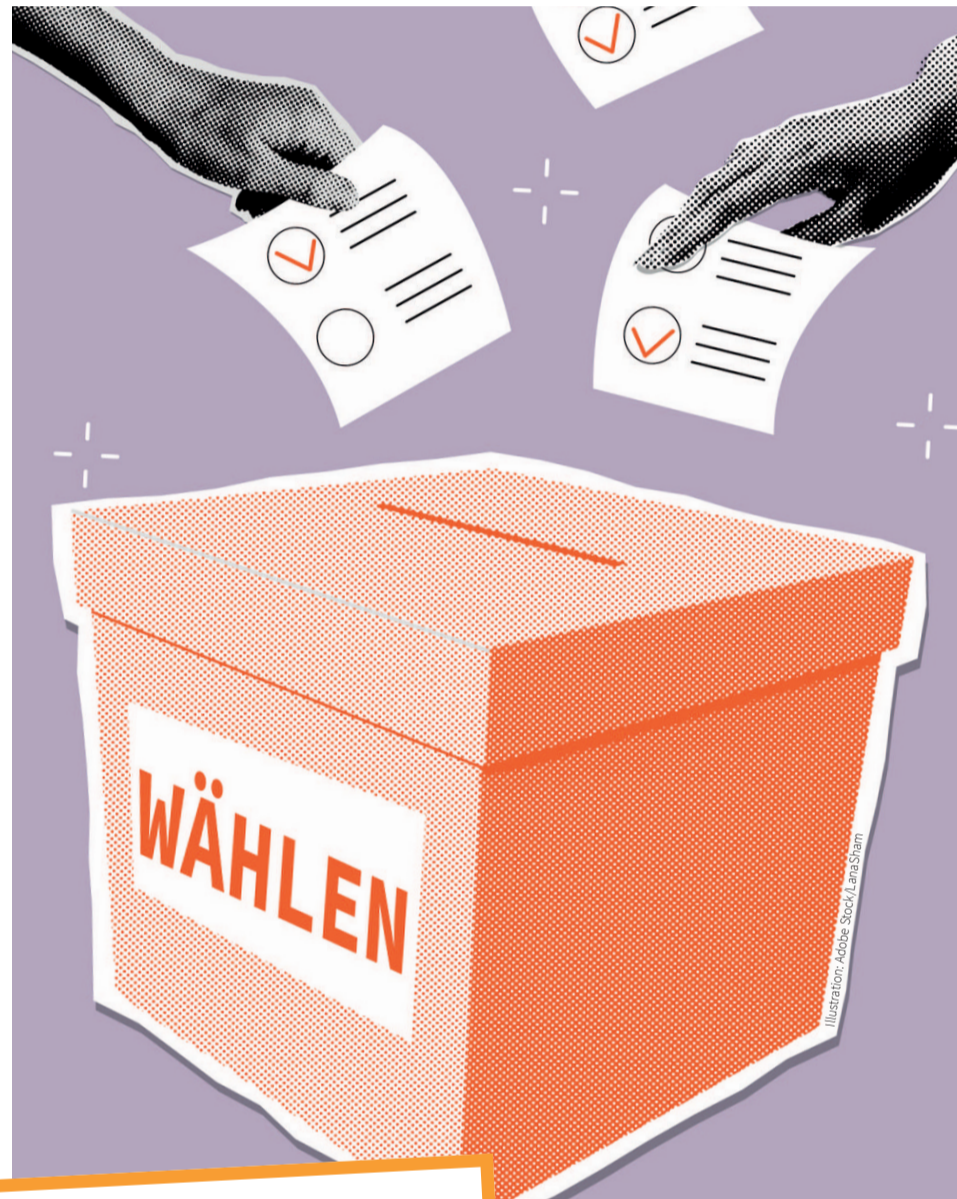
Von Annika Grah

STUTTGART. Die anstehende Kommunalwahl in Baden-Württemberg stößt einer Umfrage zufolge auf großes Interesse bei den Wahlberechtigten. Die Wahlbeteiligung könnte demnach in etwa so hoch ausfallen wie 2019. Im BaWü-Check, der Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen, gaben 62 Prozent der Befragten an, fest entschlossen zu sein, ihre Stimme abzugeben. 21 Prozent wollen das „wahrscheinlich“ tun. Der Rest ist unentschieden oder will wahrscheinlich oder sicher nicht wählen gehen. 2019 hatte die Wahlbeteiligung bei 59 Prozent gelegen, der höchste Stand seit 1994. Bei Kommunal- und Europawahlen ist die Mobilisierung in der Regel niedriger als bei Wahlen zum Bundestag.

Eine belastbare Prognose gibt die Umfrage allerdings noch nicht, warnen die Demoskopien. Denn die Bürger beschäftigen sich in der Regel erst kurz vor der Wahl intensiv mit ihrer Wahlentscheidung. Die Befragung wurde wie immer auf die baden-württembergische Bevölkerung ab 18 Jahre gestützt. Bei der Kommunalwahl wählen aber schon 16-Jährige. Da die unter 18-Jährigen aber nur zwei Prozent der Wahlberechtigten ausmachen, werden die Ergebnisse den Angaben zufolge dadurch nicht beeinflusst.

Dabei sehen offenbar vor allem die älteren Wählerinnen und Wähler die Stimmabgabe als erste Bürgerpflicht. Unter den befragten 18- bis 29-Jährigen im BaWü-Check sind sich nur 43 Prozent ganz sicher, zur Wahl zu gehen, 37 Prozent haben das „wahrscheinlich“ vor. Die Kommunalwahl in Baden-Württemberg findet am 9. Juni statt – zeitgleich mit der Europawahl.

Die aktuelle Umfrage sieht die CDU im Vorteil. Die Kandidaten der Christdemokraten kamen in der Umfrage für 27 Prozent infrage, gefolgt von den Grünen mit 21 Prozent und der SPD mit 18 Prozent. Die AfD landet mit 13 Prozent auf Platz vier, gleichauf mit den Freien Wählern. 11 Prozent würden sich für Kandidaten der FDP entscheiden. Rund 30 Prozent der Befragten machten allerdings keine Angaben. Mehrfachnennungen waren möglich. Die Werte sind nicht als „Sonntagsfrage“ zu verstehen. Sie sind eher ein allgemeines Stimmungsbild. Denn bei der Kommunalwahl können die Stimmen im Gegensatz zu anderen Wahlen auf einzelne Kandidaten verteilt werden. Zudem nehmen auch Wählervereinigungen teil, parteiähnliche, aber parteiunabhängige Vereinigungen. 2019 gingen rund 40 Prozent der Stimmen an diese Wählervereinigungen. Bei der Kommunalwahl im Jahr 2019 kam laut Statistischem Landesamt die CDU auf 22,8 Prozent der abgegebenen Stimmen, die Grünen auf 12,9 Prozent, die SPD lag bei 13,4 Prozent. Die FDP lag bei 3,9 Prozent und die AfD bei 1,9 Prozent.



lervereinigungen teil, parteiähnliche, aber parteiunabhängige Vereinigungen. 2019 gingen rund 40 Prozent der Stimmen an diese Wählervereinigungen. Bei der Kommunalwahl im Jahr 2019 kam laut Statistischem Landesamt die CDU auf 22,8 Prozent der abgegebenen Stimmen, die Grünen auf 12,9 Prozent, die SPD lag bei 13,4 Prozent. Die FDP lag bei 3,9 Prozent und die AfD bei 1,9 Prozent.

Leitartikel

Jeder Fünfte in Deutschland von Armut bedroht

Neue Möbel kaufen, Essen gehen oder einen Urlaub buchen: Millionen können sich das nicht leisten.

WIESBADEN. Rund ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland ist von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. 17,7 Millionen Betroffene gab es im vergangenen Jahr, teilte das Statistische Bundesamt mit. Der Anteil an der Bevölkerung betrug 21,2 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr blieben die Zahlen nahezu unverändert.

Als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht gilt, wer ein Einkommen unter der Armutsgefährdungsgrenze hat, dessen Haushalt von erheblichen materiellen und sozialen Entbehrungen betroffen ist oder wer in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbsbeteiligung lebt. 2023 lag die Schwelle für einen Alleinlebenden bei 1310 Euro netto im Monat. Bei zwei Erwachsenen und zwei Kindern lag er bei 2751 Euro netto. *dpa*

► Kommentar

Zeitenwende muss Chefsache sein

Die Bundeswehr steuert auf ein Geldproblem zu. Kanzler Scholz muss schon jetzt eine Lösung finden.

Von Tobias Heimbach

Was gilt das Wort des Kanzlers? In seiner berühmten „Zeitenwende“-Rede versprach er vor zwei Jahren, dass Deutschland künftig zwei Prozent der Wirtschaftsleistung für die Verteidigung ausgeben soll. Doch dieses Versprechen wackelt. Die Finanzierung der Bundeswehr ist für die kommenden Jahre völlig ungeklärt. Deshalb muss sich Bundeskanzler Olaf Scholz endlich in die Debatte einschalten.

Das Geld für Verteidigung wird dringend gebraucht. Deutschland muss kampfbereit sein, um nicht kämpfen zu müssen. Doch in ihrem gegenwärtigen Zustand kann die Bundeswehr niemanden abschrecken. Das Sondervermögen ist schon jetzt verplant – was eine gute Nachricht ist. Denn die Soldaten können ja keine Euroscheine in die Kanonen stecken, sondern es braucht Aufträge an die Rüstungsindustrie. Doch wie die Streitkräfte künftig weiter finanziert werden, ist offen. Ab 2028 wird es eine Lücke von rund 20 Milliarden Euro geben. Einen solchen Betrag im Haushalt kann man nicht einfach umschichten. Deswegen muss schon jetzt eine Lösung vorbereitet werden.

Bislang weiß man von allen Beteiligten, was offenbar nicht geht: Finanzminister Lindner will die Schuldenbremse nicht verändern. Die SPD will keine Einsparungen beim Sozialstaat. Es wäre ein Tat wichtig, dass Kanzler Scholz das Thema an sich zieht und einen Kompromiss in die Wege leitet. Es ist schließlich sein Wort, um das es geht.

Bundeswehrverband fordert „Machtwort“

BERLIN. Das 100 Milliarden Euro umfassende Sondervermögen für die Bundeswehr ist nach Angaben des Verteidigungsministeriums bereits vollständig verplant. Deshalb forderte der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Oberst André Wüstner, ein „Machtwort“ über die weitere Finanzierung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD).

„Wenn für unsere Regierung Worte wie Verteidigungsfähigkeit, Schutz oder Wehrhaftigkeit nicht bloße Worthülsen sein sollen, muss der Kanzler seine Richtlinienkompetenz wahrnehmen und ein Machtwort sprechen“, sagte Wüstner. Tue er das nicht, müsse die Zeitenwende in der Bundeswehr für beendet erklärt werden. *AFP/dpa*

Kommentar

Verschärfte Asylregeln in der Europäischen Union

EU-Parlament beschließt umstrittene Reform. Dadurch sind Verfahren an der Außengrenze möglich – und schnellere Abschiebungen.

BRÜSSEL. Das Europäische Parlament hat den Weg für die umstrittene EU-Asylreform frei gemacht. Nach jahrelangen Diskussionen stimmten die Abgeordneten am Mittwoch in Brüssel für das geplante Paket, mit dem die bisherigen Regeln für Migration in die Europäische Union deutlich verschärft werden sollen. Parlamentspräsidentin Roberta Metsola schrieb auf der Plattform X, damit schreibe die EU „Geschichte“.

Demnach sollen die Mitgliedstaaten zu einheitlichen Verfahren an den Außengrenzen verpflichtet werden, damit rasch festgestellt werden kann, ob Asylanträge unbegründet sind und die Geflüchteten dann schneller und direkt von der Außengrenze abgeschoben werden können.

Geplant ist insbesondere ein deutlich härterer Umgang mit Menschen aus Ländern, die als relativ sicher gelten. Bis zur Entscheidung über den Asylantrag sollen die

Menschen bis zu zwölf Wochen unter haftähnlichen Bedingungen in Auffanglagern untergebracht werden können. Menschen, die aus einem Land mit einer Anerkennungsquote von unter 20 Prozent kommen, sowie solche, die als Gefahr für die öffentliche Sicherheit gelten, müssen künftig verpflichtend in ein solches Grenzverfahren. Ankommende Menschen können dem Vorhaben nach mit Fingerabdrücken und Fotos registriert werden, auch um zu überprüfen, ob sie eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit sind. EU-Innenkommissarin Ylva Johansson schrieb im Onlinedienst X, damit könne Europa seine „Außengrenzen besser schützen“ und all jene Migranten „rasch zurückführen“, die keine Aufnahmechancen hätten.

Die EU-Länder müssen den Asylpakt noch abschließend billigen, dies gilt jedoch als Formsache. *dpa/AFP*

